

Wirtschaft

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erheben an jedem Dienstag nachmittags. Die Bezugs-Exemplare des Blattes betragen in Stadt und Land 190.000 Mark, durch die Post bei fortwährender monatlich 1200.000 Mark, in den Postgebieten abgeben 115.000 monatlich. Die abgabepflichtigen Postgebühren sind: Halle im Ostbezirk 1200.000, im westlichen 1000.000, in den übrigen 800.000. Fernsprechkosten sind 1200.000. Die Halle-Zelle 1200.000 im Ostbezirk und 1000.000 im westlichen. Postgebühren sind 1200.000. Die Halle-Zelle 1200.000 im Ostbezirk und 1000.000 im westlichen. Postgebühren sind 1200.000.

Verlags-Exemplare: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Buchhandelsstraße 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Centralnummer 1140 und 1142. Stadt-Verlagsstelle: Markt 24. Druck-Verlagsstelle: „Gaulgasse 10/11“. Druck-Verlagsstelle: Bahnhofstraße 10/11. Druck-Verlagsstelle: Markt 24. Druck-Verlagsstelle: „Gaulgasse 10/11“. Druck-Verlagsstelle: Bahnhofstraße 10/11. Druck-Verlagsstelle: Markt 24. Druck-Verlagsstelle: „Gaulgasse 10/11“. Druck-Verlagsstelle: Bahnhofstraße 10/11.

Sprunghafte Steigerung des Dollars.

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife ab 15. Oktober / Das Reichsabinet für Erhöhung des Umlagepreises / Weitere Lohn- und Gehaltssteigerungen / Die Konferenz von Mudania / Der Rathenauprojekt.

Trotzpreis- und Lohnerhöhung.

Der Kabinettsrat für Steigerung des Umlagepreises.
Das Reichsministerium legte am Dienstag die Beratung über die Erhöhung der Preise für das erste Drittel des Umlagepreises fort. Der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegte Gesetzentwurf, in dem eine Erhöhung des Preises für das erste Umlagequartal vorgesehen, wurde angenommen. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstag und dem Reichsfinanzminister zugegangen. Der Reichstag wird sofort nach seinem vorläufigem am 17. Oktober erfolgendem Zusammentreten mit der Angelegenheit befaßt werden.

Gleichzeitig mit der Genehmigung der Gesetzesvorlage stimmte das Kabinettsrat einem Antrag des Reichsfinanzministers auf Erhöhung der Abgabepreise der Reichssteuerbefreiung zu. Das von dieser abgegebene Getreide wird sich etwa zu gleichen Teilen aus Inlands- und Auslandsgetreide zusammen, das Auslandsgetreide hat nach dem sprunghaftigen Anstieg der fremden Getreide in den letzten Monaten eine außerordentliche Preissteigerung erfahren (ausländischer Weizen kostete zur Zeit der Verhandlungen über das Reichsgetreidegesetz und die jetzt geltenden Abgabepreise 18.000 bis 20.000 Mark die Tonne, heute fast 34.000 Mark, nachdem der Preis bereits auf 33.000 Mark und höher gestiegen war), infolgedessen war eine erhebliche Steigerung der Abgabepreise der Reichssteuerbefreiung unter allen Umständen unvermeidlich. Entsprechend muß auch der Preis für Warenverkehr erhöht werden. Die Erhöhung wird jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats eintreten und voraussichtlich über eine Verdoppelung nicht wesentlich hinausgehen.

Da die Erhöhung des Trotzpreises eine schwere Belastung der mitterbezahlten Bevölkerung mit sich bringt, beabsichtigt die Regierung, noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften in Verhandlungen einzutreten, um gleichzeitig mit der Erhöhung des Trotzpreises auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erwirken.

Die demokratischen Steuerungsansprüche.

Die große Aufgabe der demokratischen Abgeordnetenversammlung, Dr. Scheider (links) und Genossen an die Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die unauflösbare Verflechtung der notwendigen Lebensbedürfnisse hemmt die Lebensenergie unseres Volkes und erfüllt weite Kreise aller Bevölkerung mit Sorge und Hoffnungslosigkeit gegenüber der Zukunft. Ist das Staatsministerium mit uns der Meinung, das die Not unseres Volkes — nützt der unerschütterlichen Befähigung durch das Friedensabkommen — daher nicht, daß das deutsche Volk mehr verbraucht als die deutsche Wirtschaft im letzten heutigen Zustand herzubringen? Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium ergriffen oder wird es unternommen, um die Bevölkerung diese Lasten mit allem Ernst vor Augen zu führen? Wird es insbesondere die nötige Auffklärung darüber verbreiten, daß durch eine künftige Niederhaltung der Preise der Not unseres Volkes nur ganz vorübergehend und nur scheinbar gestützt werden kann, und daß nur eine Steigerung der Arbeitsleistung jedes einzelnen und durch Intensivierung der Wirtschaft der wüsten Bereicherung unseres Volkes wirksam begegnet werden kann?

Ist das Staatsministerium deshalb im einzelnen bereit, mit der Reichsregierung dahin zu wirken:

1. daß die Verflechtung unseres Nationalvermögens an das Ausland verhindert wird,
2. daß der Devisenimportation wirksamer begegnet wird,
3. daß der übermäßigen Schnappensgenuss durch Verminderung der Gehaltssteifen, insbesondere durch Beschränkung der Bestimmungen über die Erteilung der Renteilung und durch Nachprüfung der nach dem Kriege erteilten Konzeptionen, entgegen gewirkt wird, und die dadurch frei werdenden Mittel für den Wiederaufbau der Wohnungswirtschaft herangezogen werden,
4. daß im kommenden Winter die Löhne und Gehälter in dem Umfang, in welchem diese bisher durchgeführt wurden, nicht eine wirksame Unterbrechung der arbeitstüchtigen Kleinrentner nach Maßgabe des von der demokratischen Reichsregierung eingebrachten Entwurfs durchgeführt wird,
5. daß bei der Zusammenführung von Lohn und Gehalt und bei der Abschaffung des Einkommens mehr als bisher auf den Familienstand des einzelnen Rücksicht genommen, insbesondere die Lebenshaltung der Kinderreichen gebessert, der Kurzarbeiterbedarf vieler Familien aber dadurch eingeschränkt wird,
6. daß die Qualität der Arbeit und die Qualität der Leistung auch bei Umänderung der Entlohnung wieder ihrem Wert entsprechend anerkannt werden,
7. daß eine unter ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen erlassene Umlageerhöhung den heutigen Wirtschaftsverhältnissen angepaßt wird, damit der realistische Gehaltsmaßstab nicht dauernd zu Unrecht des Wanders gehen und in seiner Größe gefährdet wird, andererseits aber auch die Verhältnisse der Gehaltssteife und die Verteilung dieser Gehaltssteife auf die Bevölkerung nicht zu stark verschärft werden kann?

Ist das Staatsministerium auch bereit:

1. der Erhöhung des gewerblichen Mittelstandes durch unerschütterliche Sonntagsruhe Einhalt zu geben,
2. weitere Mittel für den Wohnungsbau bereitzustellen,
3. dem Verfall unserer Wohnstätten dadurch zu begegnen, daß die Zulage zur Friedensmiete zu bemessen werden, daß der Mieter vor Aussetzung der Hausmacht aber in den Stand gesetzt wird, den wertvollen Nationalreichtum, den unsere Häuser darstellen, zu erhalten, und eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entschädigung für die Verwaltung dieses Reichtums findet.

Neue 60 Prozent Tarifserhöhung.

Die Gütertarife ab 15. Okt. — Personentarifserhöhung ab 1. Dez.

Berlin, 3. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuss des Reichsessenbühnens am den 5. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, um mit ihm über die notwendig werdenden weiteren Tarifserhöhungen im Güter- und Personentarif zu beraten. Dabei sollen auch die Beschwerden der Öffentlichkeit über die billigen Personentarif für Ausländer besprochen werden. Es muß bereits zum 15. Oktober eine erneute 60prozentige Erhöhung im Gütertarif eintreten. Die höchsten Gütertarife betragen im Durchschnitt das 28fache der Friedenssätze, während bereits für September die Preissteigerung für die hauptsächlichsten Gebrauchsgüter der Reichsbahn, wie Kohle und Eisen, weit höher war. Seit der letzten Beratung des Reichsessenbühnens ist aber die voraussetzende Erhöhung der sachlichen und persönlichen Kosten tatsächlich eingetreten. Die Angleichung der Eisenbahntarife an die Höhe der Privatwirtschaft und die damit verbundene Aufbesserung der Beamtengehälter belastet die Reichsbahn zum 1. September bis zum 1. April mit rund 45 Milliarden. Dazu kommen die weiteren Gehalts- und Lohnerhöhungen, die sich aus den zuletzt abgewandten Verhandlungen über die Kennzeichnung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne ergeben. Die neue Kohlenpreiserhöhung und die damit automatisch verbundene Erhöhung der Eisenpreise, die auch die Preise für die übrigen Gebrauchsgüter der Reichsbahn stark in die Höhe treibt, bedeutet eine weitere starke Belastung der Reichsbahn, zu deren Ausgleich eine 60prozentige Gütertarifierhöhung erforderlich ist, die nicht etwa bis zum 1. November verschoben werden kann. Die kürzlich eingeleiteten Maßnahmen zur Reduktion des Defizits sollen auch von der neuen Tarifserhöhung wieder nicht berührt werden, sie bleiben also auf der bisherigen Höhe. Die hundertprozentige Erhöhung der Personentarif tritt, wie bekannt, am 1. November ein; auch eine weitere Erhöhung zum 1. Dezember wird in dem Ausschuss des Reichsessenbühnens besprochen werden.

Die Neueinstellung der Gehälter.

Keine gleichende Skala.

Im Beamtenausschuss des Reichstages teilte gestern Ministerialrat Kühnemann das abschließende Ergebnis mit, zu dem die Reichsregierung in der Frage einer gleichenden Gehaltsliste für Beamte gekommen ist. Die Demittierung der Reichsregierung befindet sich im Druck. Ministerialrat Kühnemann begründete die Ansicht der Regierung, jetzt schon eine Umänderung der Besoldungsordnung vorzunehmen mit den zu sehr angewachsenen Steuerungsansprüchen. Daraus komme der Wunsch, die Sozialzulagen neu zu regeln und die Notwendigkeit einer Vereinigung des ganzen Systems. Die Wirtschaftsgesellschaft in Berlin für den alten Fort besetzt zu werden. Ein Ausgleich werde für die meisten Orte durch höhere Ortszulagen erfolgen. Die Kinderzulagen sollten vermindert werden. Statt des bisherigen Jahreszuschlags von 2000 Mark jährlich soll den verbeirateten Beamten eine kleine Erhöhung des Steuerungsanspruchs bewilligt werden.

Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuss unter Stimmenthaltung der sozialistischen Vertreter eine Entschärfung an, in der die Ansicht der Regierung begründet wird, durch Neueinstellung der Beamtengehälter die übermäßig gestiegenen Steuerungsansprüche abzubauen. Der Gehalt aus der untersten Beamtengruppe müsse einen auskömmlichen Lebensunterhalt gewähren und mindestens so bemessen sein, daß bei der Überleitung der Arbeiter in das Beamtenerhältnis keine finanzielle Verschlechterung eintritt.

Keine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Auf eine Anfrage, ob demnach die Höhe für die Arbeitslosenunterstützung erhöht werden würden, erwiderte ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in der gestrigen Sitzung des Reichstages, daß die Arbeitslosenunterstützung, die nach den neuesten statistischen Erhebungen im ganzen Deutschen Reich insgesamt nur 11.000 Erwerbslose unterstützt, zu einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ein besonderer Anlaß nicht vorliegt. Für den Fall, daß sich eine ungenügende Beschäftigungsquote heraus ergebe, werde die Reichsregierung die Höhe für die Arbeitslosenunterstützung erhöhen.

Zur Währungsfrage.

Von Otto Reinhardt, M. D. R.

Der Währungsverfall, der gegenwärtig Mittel- und Osteuropa ergriffen hat, und der die ganze Weltwirtschaft in seine Kette zieht, ist an sich keine so neuartige Erscheinung, wie die große Masse annehmen scheint. So äußert sich der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels in dem letzten erschienenen Heft 18 der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau“, und er legt weiter: aber die gegenwärtigen Erscheinungen unterscheiden sich doch wesentlich von den Erscheinungen anderer Länder und der Vorkriegszeit. Diesmal sind es große Industriemächte, die, insbesondere das deutsche Volk, lauteramt geworden sind. Es die Rettung aus dieser Launhaftigkeit beispielsweise in Deutschland und den Methoden, wie man sie auf den mittel- und südamerikanischen Ländern angewandt hat, erreicht werden kann, ist zweifelhaft. Diese Methoden lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen. Rückwärtslose Einführung der Goldwährung oder einer ausländischen festen Währung im geschäftlichen Verkehr. Erhebung von Goldlohn, möglichst durch eine von der unzuverlässigen Staatsverwaltung unabhängigen Zollverwaltung. Als Folge, Erhellung der Einlage und doch Erzielung der Vollstetigkeit durch Befestigung der Staatsfinanzen und schließlich die Möglichkeit einer Stabilisierung der Währung durch Fortsetzung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Gold und Papier.

Der Währungsverfall hatte auch in Deutschland ursprünglich seine Ursache in einem Verfall der Staatsfinanzen, jetzt hat sich offenbar das Bild verschoben. Irgendwie valutarisches Ereignis, s. B. eine Drohrede des Herrn Poincaré, rapide Entwertung des Geldes, gewaltige Steigerung der Einfuhrwaren und dann auch der inländischen Waren, Steigerung der Goldbeimhalte, erst der freien Wirtschaft, dann des Staates brachten unsere Währung immer mehr dahin, wo sie heute steht. Lange Zeit blieb die Erkenntnis der Wirtschaft den meisten Besorgenen, ja selbst den Betriebsleitern in der Wirtschaft verborgen, und sie wurde für die meisten Internen erst sichtbar, als nach der erfolgten Aufhebung des Rentenkapitals die Verarmung der eigenen Betriebskapital zu erfahren begann. Hinter der Betriebskapital und Kredit steigt schon das Gespenst der Verschuldung und des allmählichen Greifens auch der immobilien Vermögenswerte der Betriebe auf. Der Versuch, sich von dem Gummimantel der deutschen Mark zu befreien, der Drang nach einer festen Rechnungseinheit, die Fakturierung mit Auslandswährungen, Einbindung mit Devisen zur Sicherung mit Wechseländerung hängen damit zusammen. Doch kann dieser Versuch nicht als Wiederaufbau mit Bescheiden werden, er führt zu einer Steigerung des Revisionsbedarfes über das für die Anlage und Reparationszahlung nötige Maß hinaus und zu einer weiteren relativen Schwächung der Verbraucher.

Der ernstlich an den Wiederaufbau der deutschen Währung gehen will, der muß die wirklichen Ursachen des Verfalls beseitigen. Für Deutschland liegen die Ursachen klar zutage, unerschütterliche Reparationsforderungen und unzureichende Warenauslieferung. Der Preisbeitrag eines Volkes kann immer nur zu einem kleinen Teil auf das Ausland übertragen werden, und heute kann nur noch die Befestigung der beiden Ursachen, die wirtschaftliche Unterbilanz, den Währungsverfall aufhalten und nicht irgendeiner Ordnung der Staatsfinanzen oder irgendwelche Steuern und Abgaben. Die Währungsverfallere werden sich gebens um den Wiederaufbau bemühen, solange die Wirtschaft nicht zur Geltung gebracht wird. Das Gold ist schließlich gegenwärtig nur Verrechnungsmittel für die Waren- oder Leistungen.

Die deutschen Leistungen gemäß dem Vertrag von Versailles.

Paris, 4. Oktober. (Fig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission begann gestern mit der Herausgabe von halbjährig erscheinenden Berichten, die in französischer und englischer Sprache Dokumente und Statistiken enthalten werden. Ein Mitarbeiter des „Antarktis“ zitiert aus dem Kapitel der Reparationsleistungen folgende Ziffern: Bis zum 30. April 1921 betragen die Ausgaben für die Reparationsleistungen 2132 Millionen Goldmark für die Alliierten und 1011 Millionen für die Vereinigten Staaten, was nach dem jetzigen Kurs auf den Monat 314 Millionen Franken oder pro Tag mehr als 10 Millionen Franken ausmacht. Der französische Journalist ist richtig genug, sein Entsetzen darüber auszudrücken, und er ruft zur Entschärfung der Reparationskommission nur hinzu, daß dieser nicht die Kontrolle der Ausgaben, sondern nur die Durchführung ziele.

Heutiger Stand des Dollars 2050!

